

## **Nachbericht: „Bildungsgerechtigkeit stärken – BAföG reformieren!“**

Am Samstag, den 18. April 2026, luden der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zum Auftakt der BdWi-Mitgliederversammlung zu einer Podiumsdiskussion zur Reform der Ausbildungsförderung nach Berlin ein. Die Veranstaltung war zugleich dem Andenken an Sabine Kiel (1964–2025) gewidmet, die sich über viele Jahre hinweg sowohl im BdWi als auch in der GEW engagiert hatte.

BdWi-Geschäftsführer **Steffen Käthner** würdigte zu Beginn der Veranstaltung Sabines (hochschul)politisches Engagement und bat die Teilnehmer\*innen um einen kurzen Moment des Gedenkens.

Vor dem Hintergrund des Ende 2025 veröffentlichten 24. BAföG-Berichts wurde schnell deutlich, wie angespannt die Lage für viele Studierende derzeit ist. Nur noch 11,6 Prozent der Studierenden erhalten BAföG, bei einer durchschnittlichen Förderung von 652 Euro. Ein Betrag, der angesichts steigender Mieten sowie hoher Energie- und Lebensmittelpreise für viele nicht zum Leben reicht.

**Rahel Schüssler** (fzs) ordnete die Situation sozialpolitisch ein und machte deutlich, dass fehlende Ausbildungsförderung zunehmend zu einer Frage sozialer Selektion wird. Wer studiert, an welchem Ort, hängt immer stärker von der finanziellen Situation des Elternhauses ab. Dies ist ein Zustand, der dem Anspruch auf Bildungsgerechtigkeit klar widerspricht.

**Matthias Anbuhl** (Deutsches Studierendenwerk) verdeutlichte die konkreten Belastungen im Studienalltag: Steigende Wohnkosten und Inflation bei Nahrungsmitteln verschärfen die finanzielle Lage zusätzlich. Bereits heute sind rund 63 Prozent der Studierenden neben dem Studium erwerbstätig und arbeiten im Schnitt etwa 15 Stunden pro Woche. Für viele ist dies keine Ergänzung, sondern Voraussetzung, um ihr Studium überhaupt fortsetzen zu können. Gleichzeitig sinkt die Zahl der BAföG-Empfänger:innen weiter, während sogenannte „Nullrunden“ die reale Kaufkraft der Förderung zusätzlich mindern. Auch strukturelle Probleme wurden benannt: Die Antragstellung wird zunehmend komplexer, Fachkräftemangel in den Ämtern führt zu langen Bearbeitungszeiten, und die Zahl komplizierter Einzelfälle steigt.

Positiv hervorgehoben wurde, dass die letzte Bundesregierung die Elternfreibeträge deutlich angehoben hat. Dennoch bleibt der Reformdruck hoch, auch, weil zentrale Vorhaben aus dem aktuellen Koalitionsvertrag bislang nicht umgesetzt wurden.

**Ayşe Asar** (Bündnis 90/Die Grünen) skizzierte Reformansätze aus politischer Perspektive. Dazu zählen unter anderem eine stärkere Orientierung der Wohnkostenpauschale am tatsächlichen Mietniveau, mehr Flexibilität im System sowie der Abbau bürokratischer Hürden. Auch die Abschaffung starrer Leistungsnachweise sowie eine Deckelung der Rückzahlung auf maximal 5.000 Euro wurden als mögliche Maßnahmen genannt. Schätzungen (die sich allerdings auf konkrete Regionen beziehen und deren Übertragbarkeit überprüft werden müsste) zufolge hätten eigentlich 30 bis 40 Prozent der Studierenden Anspruch auf BAföG. Dies sei ein deutlicher Hinweis auf bestehende Zugangshürden im System.

Während **Andreas Keller** (GEW) die vielen Vorschläge der GEW, diverse politische Anläufe und auch guten Ansätze der Vergangenheit aufzeigte, wurde deutlich, dass die aktuelle Bundesregierung keine der strukturellen Fragen des BAföGs angehen will.

In der Diskussion wurde zudem ein grundlegender Punkt hervorgehoben: Soziales Engagement und gesellschaftliche Teilhabe müssen für Studierende überhaupt leistbar sein. Wer gezwungen ist, einen Großteil seiner Zeit in Erwerbsarbeit zu investieren, hat weniger Raum für ehrenamtliches

Engagement, politische Beteiligung oder akademische Vertiefung und damit auch dem Kampf für eine bessere Finanzierung des Studiums.

Einigkeit bestand auf dem Podium darin, dass der Reformbedarf beim Bafög drängend und groß ist – die ausbleibende Umsetzung jedoch zunehmend zum Problem wird. Der anhaltende Streit innerhalb der Bundesregierung über die Finanzierung dürfe nicht länger auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen werden.

Die Diskussion machte deutlich: Eine grundlegende Reform des Bafög ist nicht nur eine Frage der Bildungs-, sondern auch der Sozialpolitik und Voraussetzung für echte Chancengleichheit im Hochschulsystem. Und dennoch ist sie aktuell nicht in Sicht.

*Für die Unterstützung der Veranstaltung danken wir der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*